



Flüchtlingsrat Berlin e.V.  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin  
Tel: (030) 22 47 63 11  
Fax: (030) 22 47 63 12  
buero@fluechtlingsrat-berlin.de  
[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)

**Pressemitteilung vom 26.01.2024**

## **Bezahlkarte – die Büchse der Pandora ist geöffnet**

Auf der Konferenz der Ministerpräsident\*innen (MPK) im November 2023 haben die Länderchef\*innen die bundesweite Einführung einer Bezahlkarte beschlossen. Diese Bezahlkarte sollen alle Menschen erhalten, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen. Bisher werden diese Leistungen in bar ausgezahlt, insofern kein eigenes Giro-Konto vorhanden ist.

*„Der Flüchtlingsrat Berlin lehnt die Bezahlkarte strikt ab. Es handelt sich hier um ein diskriminierendes und bevormundendes Instrument, dass massiv in das Selbstbestimmungsrecht der Menschen eingreift,“* sagt Sina Stach vom Flüchtlingsrat Berlin.

### **„Mindeststandards“ sind keine Garantie und können beliebig verschärft werden**

In einigen Bundesländern wurde diese Karte testweise bereits eingeführt. Nach der Ausarbeitung bundesweiter „Mindeststandards“ soll die Bezahlkarte dann flächendeckend kommen.

Noch ist unklar, wie diese „Mindeststandards“ konkret aussehen sollen. Fakt jedoch ist, dass mit diesem Bezahlkartensystem von außen gesteuert werden kann, wo, was, wann und in welchem Umfang Menschen ihr Geld ausgeben können.

*„Das Ziel ist hier ganz klar Überwachung, Kontrolle und Restriktion. Selbst wenn man so genannte „Mindeststandards“ etabliert, ist vollkommen unklar, wie das System in Zukunft weiter genutzt wird. Wer einmal die Büchse der Pandora öffnet, bekommt sie so schnell nicht wieder geschlossen,“* so Stach weiter.

### **Verwaltungsaufwand minimieren durch Basiskonto für Alle**

Der Flüchtlingsrat Berlin befürwortet einen schnellen und einfachen Zugang zu einem kostenlosen Basiskonto für alle Leistungsbezieher\*innen. Die Sozialbehörden würden dadurch entlastet werden und zugleich können die Leistungsempfänger\*innen selbstbestimmt über ihr Geld entscheiden, so wie alle anderen Menschen in diesem Land auch.

### **Jährlich 10 Millionen Euro für Ausgrenzung und Abschreckung**

Die Einführung der Bezahlkarte würde das Land Berlin voraussichtlich jährlich 10 Millionen Euro kosten. Geld, das man anstelle dessen auch in Integration und Teilhabe stecken könnte.

Die Berliner Koalition ist aktuell noch uneins über die Einführung der Bezahlkarte. Wir bestärken Frau Senatorin Kiziltepe ausdrücklich in ihrer kritischen Haltung und appellieren an die SPD, die Einführung abzulehnen.

#### **Pressekontakt:**

Flüchtlingsrat Berlin: [buero@fluechtlingsrat-berlin.de](mailto:buero@fluechtlingsrat-berlin.de), Büro 030 22476311